

## Haschke für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Steuer- und Finanzsystem der DDR beruhte bisher auf Weisungen und Verordnungen der zentralen Finanzbehörden. Ein Hauptziel der Steuerpolitik war, das Privateigentum gegenüber dem sogenannten Volkseigentum an Produktionsmitteln zurückzudrängen. Es war darauf ausgerichtet, den Beweis zu liefern, daß zentralistische Planwirtschaft und administrative Lenkung der Wirtschaft dem freien Unternehmertum überlegen sind. Städte und Gemeinden hatten keinen finanzpolitischen Freiraum. Sie waren auf die Gnade der Zentralgewalt angewiesen. Sie lebten von deren Brosamen. Deutlich wird uns dieses, wenn wir uns hier in Berlin, dem Sitz der Zentralgewalt, umsehen und dann an den Wochenenden die teilweise traurigen Bilder unserer Heimatgemeinden erleben.

Wir sind auf dem Weg in die Einheit unseres Landes. Die vor uns stehende erste große Station ist die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Die jetzt schon offenen Grenzen innerhalb Deutschlands und die ab 1. Juli einheitliche Währung zwingen zur sofortigen Änderung bzw. Umgestaltung unserer Steuergesetzgebung. Ein weiterer Grund zur Eile ist die Notwendigkeit, marktwirtschaftliche Bedingungen zu schaffen. Und nicht der letzte Grund sind unsere Gemeinden, die sich fortan selbst verwalten wollen. Zur Selbstverwaltung gehören finanzielle Mittel. Steuern sind ein Teil der öffentlich-rechtlichen Abgaben, für die Gemeinden ein wichtiger Teil der dringend benötigten Einnahmen.

18 Steuergesetze liegen uns hier vor. Das sind 600 Seiten Papier. Der Kollege von der SPD hat das hier sehr ausdrücklich gezeigt. Ich verstehe allerdings solche Demonstrationen nicht ganz, ich verstehe auch nicht, wenn zu Beginn der Sitzung ein Änderungsantrag gestellt wird, solche Gesetze eher zu erhalten, dafür wäre ich auch, aber dann die Termine hinauszuschieben. Alle Fraktionen in diesem Haus - auch Sie - haben sich zur deutschen Einheit bekannt. Ich könnte dieses Demonstrationspaket etwas abmildern. Man kann nämlich diese Gesetze in sehr kleinen Bänden sich aus der Bundesrepublik besorgen. Es ist also durchaus nicht so, daß Sie diese Gesetze 24 Stunden vorher bekommen. Sie wissen, daß wir hier eine ganze Menge Gesetze der Bundesrepublik übernehmen, und wenn Sie Vorlauf erhalten wollen, können Sie sich diese Gesetze besorgen. Sie können diese Gesetze ausführlich lesen und können dann hier sehr gut mitdiskutieren - auf alle Fälle wirkungsvoller.

(Unruhe im Saal)

Sie wissen doch, wie der Weg in die Einheit gehen wird. Das wissen Sie doch. Das können Sie sich doch nicht...

(Unruhe im Saal)

Ich wollte es Ihnen nur noch einmal sagen. Sie können sich also nicht darauf berufen. Es sieht nämlich im Land so aus, als bekommt der Abgeordnete 24 Stunden vorher 600 Seiten,

(Zuruf: Das ist doch so!)

kann sich nicht damit befassen und wird dann hier überfordert. Ich muß Ihnen sagen: Ich kann Ihnen alle diese Gesetze zur Verfügung stellen, aber ich glaube, daß Ihre Beziehungen ...

(Zurufe)

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :

Ich bitte, den Dialog abubrechen und wieder zu den Darlegungen zu kommen.

## Haschke für die Fraktion der DSU:

Wir konnten auf ein bewährtes Steuerrecht zurückgreifen. Nur unter dieser Voraussetzung war es möglich, in kurzer Zeit ein so umfangreiches Gesetzespaket vorzulegen und zu bearbeiten.

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Erlauben Sie eine Frage?

## Haschke für die Fraktion der DSU:

Ja, wenn ich fertig bin, können Sie Fragen stellen.

Auf alles einzugehen ist bei relativ kurzer Redezeit nicht möglich und auch nicht nötig. Der Finanzminister und auch Prof. Kühne haben hier die wesentlichen Dinge vorgetragen. Die vorliegenden Gesetze werden von unserer Fraktion mitgetragen. Wir unterstützen auch die Überweisungen in die Ausschüsse.

Nun sind das allerdings noch nicht alle Steuergesetze, um marktwirtschaftliche Bedingungen zu schaffen. Ein zweiter Schub soll am 1. Januar 1991 folgen. Bis dahin gelten alte Steuergesetze weiter. Eine Übersicht über diese Gesetze liegt uns vor. Und hier kommen mir doch einige Bedenken, und hier will ich mich an meinen Kollegen von der SPD anschließen. Ab 1. Juli wird in der DDR oder in die DDR investiert. Es kommt zu Firmenneugründungen. Dazu werden Grundstücke benötigt. Es ist mit erheblich steigenden Grundstückspreisen und Grundstücksverkäufen zu rechnen. Bleiben das Bewertungsgesetz und das Grunderwerbssteuergesetz von 1970 bis zum 1. Januar 1991 in Kraft, ist Spekulationen bzw. Steuerumgehung Tür und Tor geöffnet. Es wird zu Steuereinnahmeausfällen in beträchtlicher Höhe kommen und damit zu erheblichen Einnahmeausfällen für die Kommunen bzw. für den Staatshaushalt. Ich hoffe nicht, daß man davon ausgegangen ist, daß derzeit ein Kilo Zucker teurer ist als ein Quadratmeter Boden und die Steuererhebung von 6 DM auf 100 kg Zucker höhere Einnahmen sichert als der Bodenverkauf und man deshalb diesem Gesetz den Vorrang gibt.

Diese für die Marktwirtschaft wichtigen Steuergesetze sollten so schnell wie möglich nachgereicht und hier verabschiedet werden. Der 1. Januar ist ein zu später Termin.

Gesetze verabschiedet ist das eine, die Gesetze durchsetzen das andere. Wir müssen erreichen, daß ab 1. Juli nach dem dann geltenden Recht die Steuerverpflichtungen auch erfüllt werden. Das wird für unser Land eine existenzielle Frage. Und hier bin ich mir gar nicht so sicher, daß das in jedem Fall problemlos gelingen wird. Der augenblickliche Zustand wird von vielen Geschäftsleuten als Gründer- bzw. Goldgräberzeit bezeichnet, und entsprechend verhält man sich. Bereits jetzt wird eine große Zahl von Waren aus der Bundesrepublik in unseren Geschäften angeboten. Die Warenlieferung erfolgt nicht über den Großhandel, sondern wird meist über Direktbezug in den Handel gebracht. Erwähnen möchte ich nur Zeitungen, Zeitschriften, Zigaretten und Getränke aller Art. Das ist in Zukunft so üblich. Für diese Artikel wird aber sehr häufig keine Mark Steuer abgeführt. In den letzten Wochen und Monaten hat sich so mancher Handelsmann oder der sich dafür hält, auf diese Tour eine schnelle Mark verdient. Nach dem Gesetz ist das Steuerhehlerei. Und aus diesem Zustand in strenge Gesetzmäßigkeit zurückzufinden wird etwas dauern.

Uns liegen Zahlen vor über benötigte Mitarbeiter in den Finanzämtern. Sie haben die Zahlen auch alle. Dazu gehört auch die Steuerfahndung. Nicht nur, daß eine große Anzahl von Mitarbeitern fehlt. Ich denke, es wird auch an Erfahrungen fehlen, um die derzeitigen Ungesetzlichkeiten schnell zu beenden. So wird zualtererst Einsicht notwendig sein. Denen, die steuerabgabepflichtig sind, möchte ich sagen: Gebt dem Staat, was des Staates ist. Steuerabgabe ist auch Quelle des Wohlstandes und der sozialen Absicherung der Marktwirtschaft. Und denen, die Steuern einziehen, soll gesagt sein: Laßt dem Bürger, was des Bürgers ist. Nur dann wird investiert und neu investiert, und Investition ist auch stets Quelle neuer Steuereinnahmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vor allem bei CDU/DA, DSU und den Liberalen)

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Die Frage. Bitte schön!